

3. Voranschlag 2009 und Finanzplan 2010 - 2012 (08/BS 4/46)

Eintreten

Präsident: Die Kommissions- und Subkommissionsberichte der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission zum Voranschlag 2009 und zum Finanzplan 2010 - 2012 haben Sie vorgängig erhalten. Für die Tribünenbesucher liegen Kopien der schriftlichen Kommissionsberichte auf.

(Schriftliche, nicht vorgelesene Ausführungen)

Zusammensetzung der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK): Kurt Baumann, Sirnach (Präsident); Margrit Aerne, Lanterwil; Josef Bieri, Kreuzlingen; Thomas Böhni, Frauenfeld; Cäcilia Bosshard, Wilen (Gottshaus); Heidi Grau, Zihlschlacht; Carmen Haag, Stettfurt; Dr. Hermine Hascher, Eschikofen; Verena Herzog, Frauenfeld; Walter Hugentobler, Matzingen; Erwin Imhof, Bottighofen; Myrta Klarer, Sirnach; Cornelia Komposch, Herdern; Peter Kummer, Oberaach; Peter Markstaller, Kreuzlingen; Walter Marty, Ellighausen; Richard Nägeli, Frauenfeld; Moritz Tanner, Winden; Sonja Wiesmann, Sirnach; Katharina Winiger, Frauenfeld; Daniel Wittwer, Sitterdorf.

Die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission

- stellt fest, dass Eintreten gemäss § 39 der Kantonsverfassung obligatorisch ist;
- unterstützt vier Anträge des Regierungsrates auf Anpassung des Voranschlages im Departement für Inneres und Volkswirtschaft (3) und im Departement für Finanzen und Soziales (1);
- beantragt dem Grossen Rat, den Schlussantrag unter 2.2. anstelle einer Kenntnissnahme zu genehmigen;
- stimmt den Beschlussesanträgen 1, 2.1. bis 2.4. sowie 3 bis 8 des Regierungsrates zu;
- nimmt den Finanzplan 2010 - 2012 zur Kenntnis.

Am 25. September 2008 präsentierte der Regierungsrat dem Parlament und der Öffentlichkeit fristgerecht den Voranschlag 2009 und den Finanzplan 2010 – 2012. Bis zum Eintreten am 19. November 2008 verbleiben damit den Mitgliedern des Parlamentes, den Fraktionen und der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission (GFK) knapp zwei Monate, um sich mit dem Voranschlag auseinander zu setzen und die damit verbundenen Anträge des Regierungsrates zu prüfen.

Nach der Sitzung zum Eintreten, an der das Grossratspräsidium und die Fraktionspräsidien ebenfalls anwesend waren, hat sich die GFK an fünf weiteren Gesamtsitzungen eingehend mit dem Voranschlag 2009 und dem Finanzplan 2010 – 2012 sowie den Beschlussesanträgen befasst. Die fünf Subkommissionen trafen sich zudem zu je zwei Sitzungen für die Detailberatung des jeweiligen Departementes.

Die GFK stellt fest, dass die Botschaft in Form des Voranschlages, Anhang I (Zahlenteil) und Anhang II (Finanzplan) in einer hohen Qualität vorliegt. Die klar strukturierte Darstellung und die umfassenden Informationen erleichterten die Beratungen. Zusätzlich zur Budgetbotschaft gibt es zwei Zusatzbotschaften zum Werkhof Eschlikon und zum Bildungszentrum Frauenfeld.

Die GFK dankt der Regierungsrätin und den Regierungsräten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die sehr gute Arbeit. Die GFK hat auf alle Fragen kompetente Antworten erhalten. Zusätzlich verlangte Unterlagen und Informationen wurden umgehend zur Verfügung gestellt oder nachgeliefert.

Die Gesamtkommission legte für die Beratungen in den Subkommissionen zwei Fragen für alle Departemente fest: 1. Hatten die ersten Erfahrungen mit der NFA Einfluss auf den Budgetprozess? 2. Welche Ergebnisse haben sich aus einer allfälligen Leistungsüberprüfung ergeben?

Die Beratungen in der Gesamtkommission verliefen effizient und sehr ruhig. In der neu konstituierten GFK sind von insgesamt 21 Mitgliedern 11 Mitglieder neu. Im Regierungsrat hatten zwei Mitglieder erstmals den Voranschlag ihrer neu zugeteilten Departemente zu vertreten. Nebst Detailfragen zu Ausgabenpositionen betrafen viele Diskussionspunkte strategische Fragen und Zusammenhänge. Dies entspricht auch einem Grundauftrag der GFK. Dieser Umstand wurde sicher auch dadurch begünstigt, dass der Regierungsrat ein gutes Budget abgeliefert hat, bei dem der Fokus nicht primär auf das Sparpotential gerichtet war.

Eintreten ist gemäss Verfassung obligatorisch.

Voranschlag 2009

Für das Jahr 2009 legt der Regierungsrat ein sehr gutes Budget vor. Er bezeichnet es sogar als das vermutlich beste Budget aller Zeiten des Kantons Thurgau. Die Laufende Rechnung sieht, bei einem gleich bleibenden Steuerfuss von 127 %, einen Ertragsüberschuss von 19,5 Millionen Franken vor. Die Nettoinvestitionen betragen 82,2 Millionen Franken. Für das Jahr 2009 ergibt sich damit die höchste Nettoinvestition seit zehn Jahren. Mit dieser Vorgabe kann sich der Kanton Thurgau in der sich abzeichnenden Abschwächungsphase der Konjunktur antizyklisch verhalten. Die Gesamtrechnung sieht damit einen Finanzierungsüberschuss von 13,7 Millionen Franken vor. Der Selbstfinanzierungsgrad beträgt 116 %, was wiederum ermöglicht, weitere Schulden abzubauen.

Als Grundlage für den Voranschlag 2009 diene vor allem der Voranschlag 2008. Wegen der NFA konnte nicht in allen Bereichen auf die Rechnung 2007 zurückgegriffen werden. Eine weitere Grundlage ist der Controllingbericht vom Juni 2008. Der Regierungsrat geht davon aus, dass die Rechnung 2008 mit einem Ertragsüberschuss von 40 Millionen Franken abschliessen wird.

Betreffend die NFA bestand in der Budgetierungsphase noch eine Unsicherheit. Die Korrektur der Fehlberechnung des Bundes für den Ressourcenausgleich des Kantons

St. Gallen ist mittlerweile geklärt. Der Vorentscheid des Bundesrates, dass die Kantone die rund 85 Millionen Franken übernehmen müssen, wird von der FDK (Finanzdirektorenkonferenz) anerkannt. Für den Thurgau werden deshalb im Jahr 2008 rund 6,5 Millionen Franken weniger Finanzausgleichsbeiträge fliessen.

Die Budgetvorgaben, die sich der Regierungsrat gegeben hatte, konnten nur teilweise eingehalten werden. Ein Abstrich ergibt sich bei den Personalkosten, die mit 3,3 % mehr steigen als die Vorgabe (2,0 %) vorsah. Davon betreffen 0,3 % die Familienausgleichskasse. Der Kanton muss ab 2009 neu der Familienausgleichskasse beitreten, was Mehrausgaben von 1,2 Millionen Franken zur Folge hat. Die Stellenentwicklung für 2009 sieht insgesamt netto 17 Stellen mehr als im Vorjahr vor (23 Stellen fallen weg, 40 Stellen sind neu). Der Sachaufwand steigt gegenüber dem Vorjahresbudget um 1,5 %. Auch hier kann der Regierungsrat seine Vorgabe (Sachaufwand plafoniert auf Stand Budget 2008) nicht ganz einhalten.

Der liquiditätswirksame Ertrag steigt um 2,6 %. Beim Steuersubstrat geht der Regierungsrat von einer Steigerung von 3 % aus. Er schätzt dies trotz der Finanzkrise als realistisch ein. Der Anteil Steuern der juristischen Personen beträgt im Kanton Thurgau nur 12 %. Bei den natürlichen Personen ist davon auszugehen, dass durch die angekündigten Lohnerhöhungen der Steuerertrag weiter steigen wird.

Die GFK hatte vom Regierungsrat gefordert, die "Berechnung der konsolidierten Ausgaben ohne durchlaufende Beiträge" unter den Kennzahlen aufzuführen. Diesem Wunsch ist er mit dem Voranschlag 2009 erstmals nachgekommen. Die auf Seite 27 der Budget-Botschaft gedruckte Darstellung zeigt auf, dass die konsolidierten Ausgaben (ohne durchlaufende Beiträge) im Vergleich zum Voranschlag 2008 insgesamt ein Wachstum von 1,8 % ergeben.

Finanzplan 2010 - 2012

Aus Sicht des Regierungsrates sind die Resultate des Finanzplanes gut. Der Finanzplan ist geprägt von einigen Sonderlasten und Lastenverschiebungen, die ins Gewicht fallen:

- Höhere Beiträge an Schulgemeinden ab 2011: 17,6 Millionen Franken;
- Spitalfinanzierung ab 2012: 24,5 Millionen Franken;
- Verlagerung Liegenschaftssteuer zugunsten Gemeinden: 4 Millionen Franken;
- Geplante Steuergesetzrevision.

Im Jahr 2010 zeigt die Rechnung mit dem Ertragsüberschuss von 5,9 Millionen Franken noch eine "schwarze Null". In den Jahren 2011 und 2012 wird mit Aufwandüberschüssen von 15,7 und 9,3 Millionen Franken gerechnet. In der Gesamtrechnung ist in den nächsten drei Jahren mit Finanzierungsfehlbeträgen zu rechnen. Aufgrund des hohen Eigenkapitals dürften die vorübergehenden Aufwandüberschüsse aber verkraftbar sein.

Der liquiditätswirksame Ertrag sinkt im Jahr 2010 aufgrund der geplanten Steuergesetzrevision um rund 1,2 %. Ab 2011 steigt der Ertrag wieder um 2 % pro Jahr an. Der Staatssteuerertrag sinkt im Jahr 2010 um rund 5 %. Der Regierungsrat rechnet ab dem

Jahr 2011 jedoch wiederum mit einer Steigerung von 3 % pro Jahr.

Die in den Jahren 2008 und 2009 gebildete Schwankungsreserve von 10 Millionen Franken pro Jahr entfällt in den Finanzplanjahren 2010 – 2012.

Die Staatsquote ist aufgrund der NFA im Jahr 2008 stark angestiegen. In der Finanzplanperiode sinkt die Staatsquote jedoch von 13,4 % auf 13,1 %. Die Steuerquote sinkt aufgrund der geplanten Steuergesetzrevision von 5,7 % auf 5,4 %.

Der Grosse Rat nimmt vom Finanzplan lediglich Kenntnis.

Präsident: Gerne erinnere ich Sie an dieser Stelle noch an einige Punkte zum Beratungsverlauf, die sich bewährt haben und weiterhin gelten sollen: Generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Budget 2009 sowie die Diskussion und die Beschlussfassung darüber erfolgen heute unmittelbar nach dem Eintreten und führen bei Gutheissung zu einer Rückweisung des Budgets, weil sich solche Anträge auf keine konkrete Budgetposition oder kein konkretes Globalbudget beziehen. Die Rückweisung führt zum Abbruch der Budgetberatung. Mit einer Rückweisung ist gemäss § 22 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Grossen Rates auch festzulegen, ob eine Überweisung an den Regierungsrat, an die Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission oder an eine neu zu bildende Kommission erfolgen soll.

Das Wort für einleitende Bemerkungen zum Eintreten hat der Präsident der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission.

Kommissionspräsident **Baumann**, SVP: Die GFK hat den vom Regierungsrat präsentierten Voranschlag 2009 und den Finanzplan 2010 - 2012 in den Subkommissionen und in der Gesamtkommission intensiv beraten. Die Beratung eines Voranschlages mit einem Ertragsüberschuss von rund 20 Millionen Franken und einem Finanzierungsüberschuss von 14 Millionen Franken in der Gesamtrechnung ist erfreulich und eher angenehm. Die GFK nimmt erfreut zur Kenntnis, dass es dem Regierungsrat gelungen ist, ein Budget vorzulegen, das in unserem Kanton vermutlich zu den Besten in der jüngeren Geschichte zählt. Gerade bei dieser erfreulichen Ausgangslage ist sich die GFK jedoch der Verantwortung bewusst, ein wachsames Auge auf die Ausgabendisziplin zu halten. Einiges wurde in den Detailberatungen hinterfragt. Die Berichte geben Auskunft darüber. Im Namen der gesamten GFK danke ich den Mitgliedern des Regierungsrates und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung für die konstruktive Zusammenarbeit während der Beratungen. Wie jeder Voranschlag, ist auch der vorliegende und vor allem der Finanzplan mit Unsicherheiten behaftet. Ich nenne drei davon: Ressourcenverteilung bei der NFA, Entwicklungen bei den Gesundheitskosten oder Einfluss einer abgeschwächten Konjunktur. Während der Zeit der Budgetberatungen in der GFK haben sich die Ereignisse in der Finanzwelt buchstäblich überschlagen. Sie hatten aber nur am Rand Einfluss auf die Diskussionen in der GFK. Das ist auch richtig so. Die allfälligen Auswirkungen dieser Entwicklung muss der Regierungsrat im Sinne einer rollenden Planung in den

nächsten Budgets und Finanzplänen berücksichtigen. Mit dem Budget 2009 öffnet sich der finanzielle Spielraum des Kantons Thurgau nun konkret. Die Eintretensdiskussionen in der GFK waren denn auch geprägt von Ideen, wie dieser Spielraum zu nutzen sei. Der Regierungsrat hat schon im Voranschlag 2008 seine Strategie bekanntgegeben. Mit der Botschaft für die anstehende Steuergesetzrevision ist die Umsetzung eingeleitet worden. In der GFK wurden insbesondere in Bezug auf den Steuerfuss keine konkreten Anträge gestellt. Anträge wurden lediglich bei der Beratung im Rat in Aussicht gestellt. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die GFK den Voranschlag 2009 gut aufgenommen hat und eine grosse Mehrheit die eingeschlagene Finanzpolitik des Regierungsrates unterstützt. Eintreten ist gemäss Verfassung obligatorisch. Die vorliegenden Berichte dokumentieren die Beratungen; ich verzichte deshalb auf weitere Ausführungen im Detail.

Richard Nägeli, FDP: Die FDP freut sich über die gesunden Finanzen, die sich im Voranschlag und im Finanzplan widerspiegeln. Besonders erfreulich ist der Finanzplan, der trotz gewichtiger Sonderlasten und Lastenverschiebungen und der auf den 1. Januar 2010 geplanten, zukunftsweisenden Steuergesetzrevision immer noch gute Zahlen aufweist. Die Laufende Rechnung schliesst während der ganzen Finanzplanperiode nahezu ausgeglichen ab. Die grösste Abweichung beträgt im Jahr 2011 - 0,9 %. Gemäss seinen eigenen Richtlinien betrachtet der Regierungsrat eine Laufende Rechnung mit einem Fehlbetrag von 20 Millionen Franken noch als ausgeglichen. Damit bleibt die Laufende Rechnung in den Augen des Regierungsrates während der ganzen Finanzplanperiode ausgeglichen. Das Eigenkapital beträgt am Ende der Finanzplanperiode 250 Millionen Franken, das immerhin 100 Millionen über dem Ziel des Regierungsrates liegt. Es bestehen also auch beträchtliche Reserven für negative Überraschungen. Damit haben wir eine hervorragende Ausgangslage für die Umsetzung der geplanten Steuergesetzrevision. Aus finanzieller Sicht geniessen wir die einmalige Chance für einen grossen Wurf, um den wir bereits von anderen Kantonen und Nachbarländern beneidet werden. Die FDP setzt sich voll und ganz für die Realisierung dieser Chance ein. Wir danken dem Regierungsrat und der Verwaltung für die hervorragenden Unterlagen, die offenen Informationen im Rahmen der Beratung der GFK sowie für die positive Aufnahme von Anliegen, die von uns immer wieder eingebracht werden. Sehr geschätzt von unserer Fraktion wird die Darstellung der Entwicklung der Ausgaben auf der gelben Seite 27 in der Budget-Botschaft. Wenn dort die Zusammenstellung noch um die konsolidierten Ausgaben mit durchlaufenden Beiträgen ergänzt würde, wäre die Darstellung perfekt. Die auf der gelben Seite 1 aufgeführte Zuwachsrate der konsolidierten Ausgaben von 2,2 % wäre dann mit den konsolidierten Ausgaben auf der gelben Seite 27 übereinstimmend. Sinnvoll wäre ebenfalls die Übernahme dieser Zusammenstellung in zukünftigen Finanzplänen. Die FDP nimmt zu einzelnen Punkten wie folgt Stellung: 1. Ausgabenentwicklung: Die Zuwachsrate der konsolidierten Ausgaben beträgt 2,2 %. Vor einem Jahr war sie noch um einiges höher. Um das von der FDP geforderte und vom Regierungsrat als selbstver-

ständig deklarierte Stabilisierungsziel zu erreichen, müsste die Zuwachsrates der Staatsausgaben in wachstumsstarken Wirtschaftsjahren deutlich unter dem Wirtschaftswachstum liegen. Im Jahr 2007 war dies der Fall, nämlich um ganze 2 Prozentpunkte. 2008 ist noch nicht bekannt. Im Jahr 2009 wird die Wirtschaft gemäss neuesten Prognosen weniger wachsen als die Staatsausgaben. Die Ausgabenentwicklung gemäss Finanzplan erfüllt die Forderungen unserer Stabilisierungsinitiative. Aufgrund der aktuellen Wirtschaftsentwicklung wird eine Überprüfung der Annahmen notwendig. Damit das Stabilisierungsziel nicht gefährdet wird, fordern wir eine angemessene Verringerung der Zuwachsrates bei den Ausgaben. Die FDP forderte eine Kompensation von Mehrausgaben über 1 % für neue Aufgaben. Diese Forderung ist nicht erfüllt.

2. Stellenentwicklung: Das gemeinsame Ziel der FDP und des Regierungsrates wurde bei weitem nicht erreicht. Trotz der Übergabe von 11 Stellen beim Strassenpersonal an den Kanton St. Gallen und einer Reduktion von 12 Stellen an den Mittelschulen wurden netto 18 neue Stellen geschaffen. Klammern wir die Schulen aus, sind es 25 neue Stellen. Ausser bei der Bezirks- und Kreisverwaltung ist nirgends eine Stelle abgebaut worden. Dagegen ist eine Vielzahl von Einzelstellen aufgestockt worden. Es ist klar, dass in verschiedenen Ämtern neue Stellen notwendig sind. Aber es ist auch gefährlich, dass im Bereich von autonomen Arbeitsplätzen ein eigendynamischer Aufgabenentwicklungsprozess stattfindet. Die Aufgaben sind strikte auf das Notwendige zu beschränken. "Nice to have" ist zu eliminieren. Der Regierungsrat hat sich selbst seit 2005 ein Plafonierungsziel gesteckt. Diesem ist dringend nachzuleben. Obwohl auf Druck des Parlamentes die Transparenz im Personalwesen erhöht wurde, ist hier noch Handlungsbedarf vorhanden. Es wäre sinnvoll, wenn die statistischen Angaben im Geschäftsbericht und im Voranschlag identisch gegliedert wären.

3. Steuerfuss: Die FDP hat jahrelang für Steuerfussenkungen gekämpft. Leider wurden wir nicht genügend unterstützt. Wenn SP und Grüne im diesjährigen Voranschlag Steuerfussenkungen beantragen, so erstaunt und befremdet dies die FDP. Obwohl die Kantonsfinanzen hervorragend sind, ist die FDP für ein vernünftiges und schrittweises Vorgehen. Zuerst wollen wir die Steuergesetzrevision auf den 1. Januar 2010 umsetzen. Wir erwarten mit dieser Revision neue Steuereinnahmen. Verknüpft mit einer vernünftigen Ausgabenpolitik und einer Verbesserung der Wirtschaftsentwicklung in den folgenden Jahren, wird mit Sicherheit Spielraum für Steuerfussenkungen entstehen. Wir zählen dannzumal auf die Unterstützung von SP und Grünen.

4. Antizyklisches Verhalten: Dass die Investitionen in den Jahren 2009 und 2010 antizyklisch zunehmen, ist reiner Zufall. Die kürzliche Pressemitteilung des Regierungsrates bezüglich Finanzkrise erstaunt deshalb nicht. Der Kanton soll aber zukünftig seine Investitionen so vorbereiten, dass sie antizyklisch realisiert werden können. Das würde mental, aber auch real positive Effekte auslösen. Die FDP wird allen Anträgen der GFK zustimmen.

Kummer, SVP: Im Namen der SVP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und der Verwaltung für den Voranschlag 2009 zusammen mit dem Finanzplan 2010 - 2012. Damit wird die finanzielle Planung der Legislaturperiode eröffnet. Ich nehme es gerne vorweg: Der Voranschlag verdient recht gute Noten. Erste Resultate der Auswirkungen der NFA konnten berücksichtigt werden, und künftig können die Vorjahresrechnungen auch wieder zusammen mit dem Vorjahresbudget als Vergleichsgrössen für den Voranschlag genutzt werden. Ein Blick in die Jahresrechnung des laufenden Jahres zeigt, dass die Budgetierung wegen der NFA schwierig war. Die teilweisen Abweichungen waren vorauszusehen. Sie können aber gut akzeptiert werden, da sie gesamthaft positiv ausfallen. Die Rechnung 2008 wird voraussichtlich nicht nur mit 12 Millionen, sondern sogar mit einem Vorschlag von 42 Millionen Franken abschliessen. Das schafft eine noch bessere Ausgangslage für die Zukunft unseres Kantons und wird es ermöglichen, künftig mit weniger Steuergeldern auszukommen. Zum Voranschlag 2009: Im Hinblick auf eine weitere Steuergesetzrevision 2010 ist es sicher notwendig, ein positives Ergebnis zu budgetieren. Es ist auch erfreulich, dass im Hinblick auf die ungewisse Konjunkturentwicklung die Nettoinvestitionen mit 82 Millionen über der Zielgrösse von 70 bis 75 Millionen Franken liegen. Auch wenn das wahrscheinlich Zufall ist, so ist doch die Forderung nach antizyklischem Verhalten der öffentlichen Hand erfüllt. Die gegenwärtige Finanzkrise verunsichert viele Leute. Die Auswirkungen sind schwer abschätzbar. Immerhin sind für das kommende Jahr in praktisch allen Sparten des Erwerbslebens höhere Löhne schon beschlossen worden. Wie sich die Ertrags- und Kapitalsteuern entwickeln, ist ungewiss. Auch der Ertrag der Vermögenssteuern könnte tiefer ausfallen. Da aber der grosse Anteil der Steuereinnahmen des Kantons von den Einkommenssteuern stammt, werden sich die Mindereinnahmen nicht zuletzt auch deshalb in Grenzen halten, weil meines Erachtens die Erwartungen des Steuerertrages im Voranschlag nicht allzu hoch angesetzt sind. Anders könnte es beim Finanzplan sein. Da müssen wir wohl mit Anpassungen im nächsten Jahr rechnen. Die Abgaben der Thurgauer Kantonalbank an den Kanton scheinen auch nicht gefährdet. Immer mehr Anlegerinnen und Anleger bringen ihr Geld zu unserer Bank, die vor allem vom Zinsdifferenzgeschäft lebt. Es besteht zudem auch eine Abmachung zwischen der TKB und dem Regierungsrat, dass nach Erreichen einer Eigenkapitaldeckung von 200 % mehr Mittel zum Staat fliessen sollen. Die Grösse der Deckung des Eigenkapitals von 200 % sollte nächstens erreicht werden. Die hohen Wertpapierverluste der EKT AG werden auch keine direkten Auswirkungen haben. Die Dividenden kommen vor allem aus der Axpo-Beteiligung und werden daher weiter zur Verfügung stehen. Die Vorgaben der finanzpolitischen Ziele aus den Regierungsrichtlinien 2008 - 2012 sind grösstenteils eingehalten. Abweichungen sind bei den Personalkosten mit 1 % und beim Sachaufwand mit 1,5 % zu verzeichnen. Die Personalkosten werden wesentlich beeinflusst durch die starke Teuerung. Zudem ist die Überschreitung der Vorgabe einerseits auf den Beitrag an die Familienausgleichskasse zurückzuführen, der neu entrichtet werden muss. Andererseits ist die Zunahme des Personalbestandes

mit netto 17 zusätzlichen Stellen ausschlaggebend. Da stellt sich doch die Frage, ob die neue Ferienregelung von zusätzlich zwei Tagen ihre Auswirkungen schon zeigt. Erfreulich ist sicher, dass in der Verwaltung 15 neue Lehrstellen angeboten werden. Damit ergeben sich total 133 Ausbildungsplätze in der kantonalen Verwaltung. Die 17 zusätzlichen Stellen zu den 2'390 in der kantonalen Verwaltung verteilen sich über alle Bereiche und wurden entsprechend der Arbeitslast notwendig. Erwähnenswert erscheint mir die Verschiebung von den Mittelschulen zu den Berufsschulen. Bei den Mittelschulen ergibt sich ein Rückgang von 12 Stellen; bei den Berufsschulen werden nicht weniger als 19 zusätzliche Anstellungen benötigt. Die Vorgabe, beim Sachaufwand auf dem Stand von 2008 zu bleiben, konnte nicht eingehalten werden. Es kommen nicht zuletzt durch Beschlüsse des Grossen Rates immer wieder neue Aufgaben auf die Verwaltung zu, was nicht nur mehr Angestellte erfordert, sondern zwangsläufig auch mehr Sachaufwand verursacht. Auch die laufende Teuerung hat in dieser Gruppe ihre Auswirkungen, denken wir nur an die Energiekosten. Sehr gute Vergleichsmöglichkeiten für die Beurteilung von Budget und Rechnung erlaubt künftig die bereits erwähnte neu geschaffene Tabelle "Berechnung konsolidierte Ausgaben ohne durchlaufende Beiträge". Bisher haben die durchlaufenden Beiträge die Vergleiche doch erheblich erschwert. Die Kennzahlen zu unserem Staatshaushalt sind alle gut und stimmen zuversichtlich für eine Zukunft mit weniger Steuerbelastung, jedoch gleich bleibender Qualität und gleichem Angebot an Dienstleistungen für alle Thurgauerinnen und Thurgauer. Die SVP-Fraktion nimmt den Voranschlag 2009 bei gleich bleibendem Steuerfuss von 127 Steuerprozent positiv auf.

Haag, CVP: Die CVP/GLP ist sehr erfreut über die guten Aussichten und dankt dem Regierungsrat und der ganzen Verwaltung für die vergangene Leistung, die eine solche Ausgangslage erst ermöglicht hat. Der Regierungsrat hat eine verantwortungsvolle Finanzpolitik betrieben, dem Kanton eine sehr gute Ausgangslage gebracht und ausserdem seine Ausgaben sehr gut erfüllt. Besonders erfreulich sind der weitere Schuldenabbau und die geplanten Investitionen. Das Personalkostenwachstum liegt über den Budgettrichtlinien, ist jedoch in unseren Augen erklär- und vertretbar. Die budgetierten Steuereinnahmen sind aus unserer Sicht konservativ berechnet und dürften zusätzlich zu einem guten Abschluss 2009 beitragen. Beim Finanzplan sind besonders die angestrebten tieferen Staats- und Steuerquoten gegen Ende der Finanzplanperiode hervorzuheben. Mit Rücksicht auf die geplante umfangreiche und wegweisende Steuergesetzesrevision und nicht zuletzt aufgrund der momentan etwas unsicheren zukünftigen Wirtschaftsentwicklung ist die CVP/GLP-Fraktion für die Beibehaltung des aktuellen Steuerfusses.

Präsident: Es freut mich besonders, dass ich am heutigen Tag eine Delegation des Deutsch-Schweizerischen Freundeskreises aus dem baden-württembergischen Gailingen und seiner Umgebung auf der Tribüne begrüßen darf. Die Besuchergruppe wird

von Heinz Brennenstuhl, Bürgermeister von Gailingen, angeführt. Wir danken für Ihr Interesse am Geschehen im Thurgauer Grossen Rat und hoffen, dass Sie ein paar für Sie möglichst aufschlussreiche Einblicke in die politische Arbeit unseres Parlamentes gewinnen können.

Hugentobler, SP: Wiederum wartet unser Regierungsrat pünktlich zur vorweihnächtlichen Zeit mit einer frohen Botschaft auf. Saisongerecht werden auch Geschenke versprochen: Hier ein Zuckerchen für die Gemeinden, dort ein Schleckstängel für die Schulgemeinden. Wir sehen: Unser Koch macht das "Mise en place" für die Flat Rate Tax. Wie sonst könnte es geschehen, dass ein satter Ertragsüberschuss budgetiert wird und unsere bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen nicht reflexartig nach Steuersenkung schreien? Im Namen der SP-Fraktion danke ich dem Regierungsrat und der Verwaltung für den wiederum positiven Voranschlag. Gemäss den Aussagen unseres Finanzministers handelt es sich gar um das beste je präsentierte Budget. Dazu gratulieren wir. Anerkennung verdient auch, dass die eigenen Zielsetzungen grösstenteils erreicht wurden. Wir starten mit gesunden Finanzen in das zweite Jahr der NFA und stellen fest, dass sich die vergangenen Steuergesetzrevisionen, soweit sie in Kraft sind, nicht nachteilig ausgewirkt haben. Ich möchte in dieser frohen Stunde nicht als Miesmacher auftreten, finde aber, dass noch einmal erwähnt werden muss, dass die gesunde Finanzlage nicht allein durch eigene Arbeit und Entbehrung erreicht wurde, sondern uns das Nationalbankgold zum richtigen Zeitpunkt eine mächtige Finanzspritze verpasst hat und wir bei der NFA ganz klar auf der Gewinnerseite stehen. Der Regierungsrat schlägt Nettoinvestitionen von über 80 Millionen Franken vor. Dies ist sicher auch mit Blick auf die Konjunkturentwicklung ein erfreuliches Zeichen. Die vorgeschlagenen Anpassungen bei den Löhnen bewegen sich im unteren Minimalbereich. Der Regierungsrat schreibt selber, dass er die Personalwerbekosten wegen des schwierigen Arbeitsmarktes und der erhöhten Personalfluktuation verdoppeln musste. Es gilt, die im letzten Jahr eingeführten Massnahmen zur Personalpflege beizubehalten und dafür zu sorgen, dass der Kanton Thurgau ein attraktiver, verlässlicher Arbeitgeber bleibt. Die Fraktion der SP wird sich in der Detailberatung erlauben, in folgenden Bereichen Anträge zu stellen: 1. Beim DIV auf Erhöhung des Energiefonds; 2. beim DFS auf weitere Gelder in der Prävention im Gesundheitsamt; 3. zum Staatssteuerfuss. Weltweit werden nicht nur Rettungs- und Unterstützungspakete geschnürt, sondern regelrechte Rettungscontainer gepackt. Wir im Thurgau spüren das Rumoren in der Weltwirtschaft bis jetzt vor allem durch den Verlust von 28 Millionen Franken beim EKT, aber auch durch erste Meldungen von Kurzarbeit und anderen Massnahmen. Beim Niedergang des Kommunismus im ausgehenden letzten Jahrhundert wurde gesagt, dass der Kapitalismus nicht besser ist, sondern einfach länger überlebt. Das hat sich jetzt bewahrheitet. Der Kapitalismus ist heruntergewirtschaftet und klinisch tot. Er wird weltweit nur noch mit massiven Finanzspritzen am Leben erhalten. All die grossmauligen Finanzjongleure haben eine riesige Eiterbeule produziert, die nun ge-

platzt ist. Jetzt darf der viel geschmähte Staat die ganze Schweinerei aufputzen. Und wer bezahlt das? Natürlich die dummen und braven Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und wer bezahlt bei uns im Thurgau? Wie bereits erwähnt, steht der Thurgau nicht zuletzt wegen des Nationalbankgoldes und der NFA gut da. Mit einer schlaunen, breit abgestützten Finanzpolitik konnte der Staatshaushalt gesund erhalten werden. Wir haben eine fitte Kantonalbank, die sich um die kleinen und mittleren Unternehmen im Kanton kümmert. In den Bereichen Bildung, öffentlicher Verkehr und Energiepolitik nehmen wir im schweizweiten Vergleich vordere Plätze ein. Das freut. Wenn wir auch in Steuerfragen teilweise die Nummer eins sind, ist das in Ordnung. Wir sind aber nicht bereit, diese Position um jeden Preis zu verteidigen. Und um jeden Preis heisst bei uns auf Kosten der mittelständischen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Der Regierungsrat legt ein Budget vor, das den Systemwechsel in der Steuerpolitik vorbereitet. Da sind wir mit unserem mittelständischen, aber feurigen Herzblut dagegen. Die SP wird unflätig, wenn es um die Flat Rate Tax geht. Wir sind gegen eine unsoziale, ungerechte Steuerreform, weil uns klar ist, wer sie am Schluss bezahlt und wer am Schluss profitiert. Wir sind gegen Steuern auf Vorrat. In der jetzigen Situation gehört das Geld in die Portemonnaies der Konsumentinnen und Konsumenten. Sie geben es wieder aus und stützen damit die Wirtschaft. Wir sagen ja zur moderaten Ausgabenseite des Budgets und nein zum Anhäufen von Steuergeldern in der Staatskasse mit dem einzigen Zweck, die Reichen und Superreichen zu entlasten. Die geplante Steuerreform ist bei schönstem Wirtschaftswetter entstanden. Vor einem Jahr sprachen wir hier noch von wunderbaren Prognosen und einem lang anhaltenden Wirtschaftshoch. Leider hat sich ein unvorhergesehener Hurrikan entwickelt, der tobt. Die Flat Rate Tax wird dazu führen, dass Gemeinden ihre Steuern erhöhen müssen. Damit wird wiederum der Mittelstand geschröpft. Mit unserer Forderung nach einer Steuerfusssenkung von 7 Steuerprozent öffnen wir dem Parlament und dem Regierungsrat die Tür zu einer glaubwürdigen Steuerpolitik, von der die braven Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aus dem Mittelstand direkt profitieren können. Wir danken Ihnen, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Wittwer, EVP/EDU: Die EVP/EDU freut sich zusammen mit dem Regierungsrat und der gesamten Verwaltung, dass der Finanzhaushalt im Thurgau intakt ist. Diesem Umstand gilt es Sorge zu tragen. Wir wissen, dass es Zeitperioden geben kann, in denen die Ausgaben die Einnahmen deutlich übersteigen. Reserven können in solchen Situationen wie der Schnee in der Märzsonne dahinschmelzen. Einen Einnahmenüberschuss in guten Zeiten zu budgetieren, entspricht dem Motto: "Spare in der Zeit, so hast Du in der Not". Die Einnahmen sollen dazu verwendet werden, die durch die Gesetzgebung geforderten Dienstleistungen und Unterstützungen zu erbringen. Hier besteht die Gefahr, dass Forderungen zur Überforderung werden. Es gilt, Mass zu halten und jeden Franken so zu investieren, dass daraus eine Multiplikation entstehen kann. Andererseits geht es nicht an, die Einnahmen so tief fallen zu lassen, dass die notwendigen Verpflichtungen des

Staates nicht erfüllt werden können. Die Planung der Steuereinnahmen hat ebenso in Verantwortung zu erfolgen wie die Planung der Ausgaben. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Regierungsrat die Balance im Budget im Allgemeinen gut getroffen hat. Das zunehmende Ausgabenwachstum konnte durch die gute Finanzlage jeweils ausgeglichen werden. Vielleicht stehen wir schon bald am Wendepunkt, und wir müssen unbedingt darauf achten, dass die Personalkosten nicht unverhältnismässig ansteigen. Wird der gesamte Personalaufwand von rund 340 Millionen Franken auf die gesamte Belegschaft verteilt, ergeben sich durchschnittliche Kosten von ca. Fr. 140'000.-- pro Person. Unter diesem Gesichtspunkt erachten wir die Lohnforderungen von *personalthurgau* (1 % generelle Lohnerhöhung plus 2,5 % Teuerungsausgleich und 1 % individuelle Lohnanpassung) als verantwortungslos. Eine Lohnerhöhung von 1 % bedeutet jährlich wiederkehrende fixe Kosten von 3,5 Millionen Franken. Die Forderung von *personalthurgau* würde somit Kosten von jährlich fast 16 Millionen Franken verursachen. In der Frage der Steuerstrategie ist die EVP/EDU-Fraktion nicht geschlossen. Die EVP bevorzugt die Variante einer Steuersenkung und wird der Steuerfussensenkung zustimmen. Die EDU möchte zuerst die Steuergesetzrevision beraten, bevor sie sich festlegt. Aber geschlossen spricht die EVP/EDU-Fraktion dem Regierungsrat und der Verwaltung ihren Dank für die Arbeit aus.

Somm, GP: Seit Redaktionsschluss von Budgetbotschaft und Finanzplan hat sich im konjunkturellen Umfeld einiges bewegt, und wir dürfen heute doppelt froh sein, dass es Regierungsrat und Verwaltung gelungen ist, Mass zu halten. Mass halten ist eine typisch thurgauische Tugend, die sich immer wieder bewährt und der wir auch bei künftigen Steuergesetzrevisionen die Treue halten sollten. Vorab winde ich dem Regierungsrat und der Verwaltung ein Kränzchen für den seriös erarbeiteten Voranschlag, der unter dem Strich eine frohe Botschaft darstellt. Natürlich gibt es Haare in der Suppe: Das Wachstum der Personalkosten ist nach Auffassung der Grünen Fraktion am oberen Limit, und damit ist auch gesagt, dass wir weitere Begehrlichkeiten in diesem Bereich nicht unterstützen werden. 17 neue Stellen entsprechen nicht den Zielvorgaben der Budgettrichtlinien. Es greift jedoch zu kurz, diese Entwicklung pauschal zu verurteilen, ohne konkrete Vorschläge einzubringen. Die Begründungen für das Stellenwachstum sind aus Sicht der Grünen Fraktion nachvollziehbar und deshalb akzeptabel. Die Aufgabenerfüllung befindet sich mehrheitlich auf einem zufriedenstellenden Niveau. Mehr Engagement würden wir uns vom Kanton in den Bereichen Raumplanung, öffentliche Sicherheit und auch bei der Förderung von erneuerbaren Energien wünschen. Mit Bezug auf den Energiefonds wird die Grüne Fraktion entweder selber einen Antrag einbringen oder den Antrag der SP unterstützen. Ein verändertes Bild präsentiert sich uns bei der Beurteilung des Finanzplanes. Dieser macht uns Bauchschmerzen, und ich bin überrascht über die diesbezüglichen positiven Äusserungen von Kantonsrat Richard Nägeli. Offensichtlich scheint die Liebe zur Flat Rate Tax die FDP in dieser Hinsicht lind zu stimmen. Es gibt

erleckliche Defizite im Hinblick auf die Finanzplanperiode: Die Investitionen werden sehr tief sinken, und trotzdem wird der Selbstfinanzierungsgrad vorübergehend auf einen nicht akzeptablen Wert von unter 60 % fallen. Es ist geplant, 3 % weniger für Kultur und 13 % weniger für Umwelt und Raumordnung auszugeben. Das ist bei der heutigen Problemstellung ein fragwürdiges Ziel. Die Abschreibungen werden ganz salopp um 10 bis 13 Millionen Franken pro Jahr reduziert, und da drängt sich bei mir die Frage auf, ob damit nicht einfach das Rechnungsergebnis frisiert wird, um die Wogen der Flat Rate Tax ein bisschen zu glätten. Wir leben auch im Thurgau nicht in einem Glashaus. Ich möchte nicht auf Panik machen, aber das konjunkturelle Umfeld wird mit Sicherheit seine Auswirkungen haben. Basierend auf den heutigen Konjunkturprognosen muss mit wesentlich tieferen Staatssteuereinnahmen gerechnet werden. Auch die Direkten Bundessteuern werden sich mit Sicherheit rückläufig entwickeln, und die Quelle Ressourcenausgleich wird nach der Finanzplanperiode höchstwahrscheinlich nicht mehr so munter sprudeln. Wir haben das grosse Glück, dass sich der Ressourcenausgleich zeitlich um mehrere Jahre versetzt auswirken wird, so dass diese Gelder während der Finanzplanperiode mehr oder weniger gesichert sind. Es gibt aber auch noch eine Zeit danach. Wenn dann auf der anderen Seite die von uns nicht beeinflussbaren Kosten für die soziale Wohlfahrt ansteigen, was zu erwarten ist, könnte es unter Umständen ungemütlich werden. Vor diesem Hintergrund an einer Steuergesetzrevision festzuhalten, die nicht etappierbar ist und das Einkommens- und Vermögenssubstrat auf einen Schlag um 15 % reduziert, kann beim besten Willen nicht der Weisheit letzter Schluss sein. Die Grüne Fraktion hält nichts von der "Stop-and-Go"-Politik des Regierungsrates und schlägt Ihnen einen anderen Weg vor. Es ist ein Weg, der die Thurgauerinnen und Thurgauer sofort entlastet, der etappierbar und daher verantwortungsvoller und weniger risikobehaftet ist, der dem Mittelstand das Gehen verstärkt erleichtert und den Gemeinden genügend Spielraum lässt, eine Steuerpolitik in eigener Verantwortung zu gestalten. Auf diesem Weg werden auch keine Rückenschüsse gegen unsere Nachbarkantone abgefeuert. Mass halten ist angesagt, und darum wird Ihnen die Grüne Fraktion in zwei Wochen eine moderate Steuerfuss senkung von 5 Steuerprozent beantragen.

Regierungsrat **Koch**: Ich danke Ihnen für die gute Aufnahme des Budgets 2009. Die teilweise kritischen Voten nehmen wir als Herausforderung an und die Bemerkung, dass wir bei der Darstellung noch besser werden können, selbstverständlich gerne auf. Das vorliegende Budget ist in der Tat hervorragend. Es ist derart gut, dass es für uns eine Herausforderung in Bezug auf die Ausgabendisziplin darstellt. Ich kann Ihnen im Namen des Regierungsrates aber auch bestätigen, dass das Budget 2009 immer noch das hält, was es verspricht. Das rauher gewordene Umfeld tangiert das Budget 2009 nicht. Die eingesetzten Budgetwerte haben nach wie vor Gültigkeit. Dies trifft insbesondere auch für die Einnahmenseite zu. Der für 2009 budgetierte Steuerertrag nimmt auf die Entwicklung im laufenden Jahr bereits Rücksicht. Der Gesamtertrag an Staatssteuern liegt um

30 Millionen Franken unter dem Rechnungsergebnis 2007, aber um 16 Millionen Franken über dem Budget des laufenden Jahres, und aufgrund des heutigen Standes werden wir den Steuerertrag auch im Jahr 2008 übertreffen. Unsere Verwaltung arbeitet kostengünstig. Diese Tatsache können wir alljährlich anhand von gesamtschweizerischen Statistiken zur Kenntnis nehmen. Gemäss letzter Statistik weist der Kanton Thurgau zusammen mit den Gemeinden schweizweit die tiefsten Kosten in der Verwaltung auf. Der Regierungsrat ist überzeugt, dass wir diesen Platz in Zukunft auch halten können, sofern wir mit Forderungen und Wünschen gegenüber der Verwaltung zurückhaltend und gegenüber neuen und effizienten Organisationsformen offen sind. In gewissen Bereichen mussten wir tatsächlich in der Zentralverwaltung zusätzliches Personal anstellen. Da weisen wir rund 13,7 Stellen mehr aus. In den Berufsschulen sind es rund 18,8 Stellen, in den Mittelschulen gehen die Stellen eher zurück. An der Ausgabendisziplin möchten wir auch in Zukunft konsequent festhalten. Das kommt auch im Finanzplan ganz klar zum Ausdruck. Der Lehrstuhl für Finanzwissenschaften an der Universität Lausanne veröffentlicht jedes Jahr einen Vergleich der Kantons- und Gemeindefinanzen. Dabei werden unter anderem die Deckung des Aufwandes, der Selbstfinanzierungsgrad, die Nettozinsbelastung, die Genauigkeit der Steuerprognose und vor allem die Beherrschung der laufenden Ausgaben gemessen und verglichen. Im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2007 sämtlicher Indikatoren liegen wir mit der Note 4,98 schweizweit an fünfter Stelle. Bei der Beherrschung der laufenden Ausgaben, und das ist das Wesentliche, liegen wir mit der Note 5,72 an erster Stelle. Bei den Investitionen erreichen wir in der Finanzplanperiode den Höchststand von über 80 Millionen Franken. Das ist unseres Erachtens durchaus vertretbar. Die Lohnanpassungen erfolgen bei uns immer bedarfsgerecht. Zum einen werden Sie heute über das gesetzliche Mindestmass von 1 % für die individuelle Anpassung befinden, zum andern beabsichtigt der Regierungsrat, die generelle Lohnanpassung auf 2,5 % festzulegen. Bisher ging der Regierungsrat von 2 % aus. Mit 2,5 % wählen wir jene Grössenordnung, die vermutlich die durchschnittliche Jahressteuerung ausmachen wird. In Anbetracht der ausgezeichneten Finanzlage des Kantons und des guten voraussehbaren Abschlusses 2008 ist der Regierungsrat überzeugt, dass es mehr als zu verantworten ist, 2,5 % auszurichten. Ich bin auch ausserordentlich zufrieden. Damit sind wir auch im Vergleich mit der Wirtschaft durchaus nicht fern von der Realität. Den Ressourcenausgleich haben wir mit 237 Millionen Franken für das Jahr 2009 bereits bestätigt bekommen. Der Finanzplan deckt praktisch den gleichen Zeitraum ab wie die Regierungsrichtlinien. Die Ausgangslage ist ausgezeichnet: Wir hatten im Kanton Thurgau noch nie einen derart grossen Gestaltungsspielraum. Wie wir ihn nutzen möchten, haben wir Ihnen mit der Steuergesetzrevision präsentiert. Darauf möchte ich dann eingehen, wenn wir über den Steuerfuss oder über die Steuergesetzrevision diskutieren. Wir schlagen keine Rasenmähermethode vor, sondern die Fortschreibung der bisherigen Steuerpolitik. Wir bevorzugen immer noch strukturelle Anpassungen und nicht Steuerfussenkungen. Es ist angetönt worden, dass der Finanzplan nicht mehr realis-

tisch sei. Wir müssen auch berücksichtigen, dass im Kanton Thurgau die Steuern der natürlichen Personen 87 % ausmachen, und Sie gehen mit mir sicher einig, dass wir im Bereich der natürlichen Personen auch 2009 und 2010 immer noch steigende Steuereinnahmen haben werden. Bei den juristischen Personen könnte es durchaus sein, dass wir einen Rückgang entgegennehmen müssen. Die dunklen Wolken am Konjunkturhimmel bleiben dem Regierungsrat nicht verborgen, insbesondere der sich abzeichnende Rückgang bei der Beschäftigung. Das bereitet uns ebenfalls Sorgen. Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir indessen, dass der Kanton Thurgau mit seiner guten Branchenstruktur eher unterdurchschnittlich betroffen sein wird. Aus heutiger Sicht sind deshalb keine dramatischen finanziellen Einbussen zu erwarten. Zu den Aufgaben: Wir befinden uns auf einem sehr hohen Aufgabenerfüllungsstand. Ich erinnere an den öffentlichen Verkehr. Diesbezüglich haben wir in den vergangenen Jahren sehr viel gemacht. Ich erinnere an die Energie und vor allem an die Aufgabenteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden. Im Rahmen der NFA haben wir die Gemeinden mit rund 20 Millionen Franken partizipieren und ihnen auch einen Teil der Motorfahrzeugsteuereinnahmen zukommen lassen. Wir sprechen dabei immerhin von jährlich 25 Millionen Franken. Zum Rechnungsabschluss 2008: Ich kann bestätigen, dass sich ein ausserordentlich gutes Rechnungsergebnis abzeichnet. Die Steuern fliessen über Erwartung gut. Wir liegen um einiges über dem budgetierten Ertrag 2008. Die Beitragsleistungen an die Schulgemeinden bleiben weit unter dem veranschlagten Betrag. Gewisse neu budgetierte NFA-Lasten erfordern noch nicht den vollen Mitteleinsatz. Ich wage voraussagen, dass das Rechnungsergebnis 2008 das Rechnungsergebnis 2007 übertreffen wird. Zusammenfassung: Wir legen Ihnen ein realistisches Budget 2009 vor. Auch der Finanzplan ist durchaus realistisch, auch wenn er noch die eine oder andere Anpassung benötigt. Ende dieses Jahres werden wir über ein Eigenkapital von 250 Millionen und über 150 Millionen Franken aus dem Goldfluss verfügen. Damit liegen insgesamt 400 Millionen Franken, über 100 Steuerprozent, auf der Seite. Das ist eine hervorragende Ausgangslage.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Eintreten ist gemäss § 39 der Kantonsverfassung **obligatorisch** und somit **beschlossen**.

Präsident: Wie bereits zu Beginn der Eintretensdebatte erwähnt, besteht jetzt die Möglichkeit, generelle Kürzungs- und Erhöhungsanträge zum Voranschlag 2009 zu stellen.

Diskussion - **nicht benützt.**

Die Detailberatung zum Voranschlag wird an der nächsten Ratssitzung vom 3. Dezember 2008 geführt werden.